Zeitschrift: Widerspruch : Beiträge zu sozialistischer Politik

Herausgeber: Widerspruch

Band: 10 (1990)

Heft: 20

Artikel: Die Schweiz und Europa im 20. Jahrhundert : das Ende der Geschichte vom "kleinen Igel"

Autor: Tanner, Jakob

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-652311

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 09.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Jakob Tanner

Die Schweiz und Europa im 20. Jahrhundert

Das Ende der Geschichte vom "kleinen Igel".*

Wie verhält sich die Schweiz in nächster Zukunft gegenüber der zunehmend selbstbewusster auftretenden Europäischen Gemeinschaft? Diese Frage müssen sich zwar auch andere (Noch-)Nichtmitglied-Länder stellen - doch in helvetischen Gefilden hat sie eine ganz spezielle Bedeutung. Sie geht an die Substanz der nationalen Identität. Das spezifische Problem, mit dem die schweizerische Eidgenossenschaft sich heute konfrontiert sieht, entstand im letzten Jahrhundert und ist das Resultat einer geradezu gegenläufigen Entwicklung von Wirtschaft und (Aussen-)Politik. Die Transnationalisierung der Märkte, die sich vor allem mit dem Mitte der 1880er Jahre einsetzenden Industrialisierungsschub verstärkte, verwandelte die Schweiz vollends in eine "Small Open Economy"(1). Die Wachstumsdynamik der ganzen Volkswirtschaft wurde nun durch den Exportsektor gesteuert. Die industrielle und finanzielle "Weltmarktverflechtung" konzentrierte sich allerdings stark auf den europäischen Raum. Dies gilt nicht nur für die Handelsaktivitäten, sondern auch für das Versicherungsgeschäft, den Kapitalverkehr, den Tourismus und das Ausland-Segment des Arbeitsmarktes. Gefördert durch ein politisch-gesetzliches Regelungsdefizit im Inneren stieg die Schweiz damals auch zu einem "Steuerparadies", zu einem bevorzugten Standort für ausländische Holdings und zu einer wichtigen Kapitaldrehscheibe auf. Die komfortable aussenwirtschaftliche Vermögensposition, welche zahlungsbilanztechnisch die Finanzierung des Handelsbilanzdefizits gewährleistete, wurde durch die Vergabe von Lizenzen resp. den Verkauf von Patentrechten noch verstärkt. Der Auf- und Ausbau eines (un-) heimlichen Wirtschaftsimperiums kam rasch voran.

Die Aussenpolitik hingegen stand im Zeichen einer selbstgenügsamen "bewaffneten Neutralität". Noch bis in die Zwischenkriegszeit hinein wurde die starke wirtschaftliche Aussenabhängigkeit durch die Mitgliedschaft der Schweiz in den meisten der damals bestehenden internationalen Organisationen und auch im Völkerbund aussenpolitisch flankiert. 1938 kehrte die Eidgenossenschaft, hierin von dem an einer Demontage kollektiver Sicherheit interessierten nationalsozialistischen Deutschland unterstützt, von der differentiellen zur integralen Neutralität zurück und wich seitdem nicht mehr von diesem Axiom ab. Nach dem Zweiten Weltkrieg erhielt die helvetische Neutralitätsmaxime, die nach dem Zusammenbruch des Dritten Reiches arg angeschlagen war, im Spannungsfeld zwischen zwei militärischen Blöcken eine neue Legitimationsgrundlage. Der Kalte Krieg kam der helvetischen Elite gelegen und wurde im Innern des Landes besonders heftig geführt. Der gebannte Blick auf den nützlichen "Feind im Osten" hatte einen aussenpolitischen Immobilismus zur Folge. Die Schweiz übte sich in einer

Politik der Souveränitätsbehauptung durch Abseitsstehen. Nicht einmal der UNO trat sie bei. Ausnahmen von der Regel wurden allenfalls zur Stärkung des atlantischen Bündnisses gemacht. Bisher schien diese Politik der *"Integration ohne Partizipation"* eine Erfolgskombination darzustellen (2). Eine Gegenwartsanalyse im Spiegel der Geschichte vermag indessen zu zeigen, dass dieses Patentrezept des "kleinen Igels" im kommenden Jahrzehnt keine Fortsetzung finden wird.

Europa: Vom Friedensgaranten zur Wirtschaftsmacht

Die europäischen Einigungsprojekte machten im 20. Jahrhundert einen einschneidenden Funktionswandel durch. Bis zum Ersten Weltkrieg müssen europäische Einigungsvorschläge im Kontext einer globalen ökonomischen Dominanz und einer kulturellen Hegemonie Europas interpretiert werden. Dieser Einheit stand jedoch eine machtpolitische Fragmentierung gegenüber, die durch Bündnissysteme noch verstärkt wurde. Die kolonialistische Expansion setzte ein militärisches Spannungspotential, verbunden mit dauernden Rivalitäten zwischen europäischen Grossmächten, frei. Europa-Projekte wurden damals in konfliktverhindernder, friedenspolitischer Absicht vertreten, sie wollten den Kontinent nach innen pazifizieren. Diese Tendenz lässt sich weit in die Geschichte zurückverfolgen. Seit dem späten Mittelalter waren entsprechende Postulate, die mit Pierre Dubois' Idee eines "Friedenskonzils" um 1300 einsetzten, vom Bestreben geleitet, die verlorengegangene Einheit der abendländischen Christenheit zurückzugewinnen - säkularisierte Integrationskonzepte sollten die abnehmende politische Kohäsionskraft der Religion kompensieren (3). Im 19. Jahrhundert verstand sich der gegen die Kräfte und Mächte des Ancien Regime gerichtete Befreiungsnationalismus Mazzinischer Prägung durchaus europäisch – wie die Gründung der "Giovane Europa" von 1834 zeigte. Ab Jahrhundertmitte entstand schliesslich ein Weltmarkt, auf welchem sich die Durchsetzung des Freihandels und die Sicherung des Weltfriedens optimal zu ergänzen schienen.

Nun aber setzte auf dem Hintergrund einer veränderten globalen Machtkonstellation eine Bedeutungsverschiebung der "Europa"-Idee ein. Schon seit den 1890er Jahren konnte sich die "Alte Welt" nicht mehr über den industriellen und machtpolitischen Aufstieg der USA hinwegtäuschen. Die Leitsektoren der "zweiten industriellen Revolution" der 1890er Jahre (Elektrowirtschaft, Fahrzeugbau, Grosschemie) machten Europa importseitig von den USA abhängig. 1913 waren alle europäischen Industrienationen punkto Produktivitätsniveau substantiell hinter die transatlantische Konkurrenz zurückgefallen. Der Erste Weltkrieg zerstörte nicht nur die wissenschaftlich-technische Fortschrittseuphorie und den freihändlerischen Friedensoptimismus, sondern auch die wirtschaftliche Einheit Europas unter der "Pax Britannica". Nach 1918 wurde der Zwang zur "nachholenden Modernisierung" ein grosses Thema. Die wirtschaftliche Suprematie der USA hatte allerdings noch nicht einen entsprechenden globalpolitischen Positionsbezug zur Folge. Resultat der US-amerikanischen Kombination von ökonomischer Stärke

und aussenpolitischem Isolationismus war eine globale Hegemonialkrise, die in Europa neue Impulse für eine Integration auf kontinentaler Stufenleiter auslöste.

Es gab zwar in der Zwischenkriegszeit einen Nachhall der alten europäischen Friedensideen. Doch dieser historische Echoeffekt darf nicht darüber hinwegtäuschen, dass sich der Friedensdiskurs inzwischen globalisiert hatte. In Europa hingegen baute sich -hinter der fortdauernden Problematik der Sicherung eines "Gleichgewichts der Mächte"- das Bewusstsein auf, dass angesichts der amerikanischen Herausforderung eine wirtschaftliche Integration das Rückgrat des zu schaffenden Europa sein müsse. Nun ging es um die Schaffung von Voraussetzungen, die Europa befähigen könnten, in ökonomischer Hinsicht global wieder eine massgebliche Rolle zu spielen. Die strukturelle Schwäche des industriellen Pionierkontinents sollte durch Strategien einer Makrorationalisierung des kontinentalen Wirtschaftspotentials und durch eine Erhöhung der Innovationsrate im Mikrobereich der Unternehmungen gelöst werden. So eindeutig dieses Ziel auszumachen ist, so unterschiedlich waren die aufeinanderfolgenden historischen Realisierungsvarianten.

Schweizerische Partizipation am "Neuen Europa" des Dritten Reiches?

Die Pläne des Dritten Reiches für ein "Neues Europa" knüpften an die imperialen Konzepte der Eroberung eines wirtschaftlichen Grossraumes an, die in Deutschland seit dem Ersten Weltkrieg zur Diskussion standen (4). Die Depression der 1930er Jahre bestand im wesentlichen aus einer krisenhaften Desintegration des Weltmarktes, welche die Funktionsdefizite und die Fehlsteuerung des damaligen Weltwirtschaftssystems schonungslos offenlegte. Der Protektionismus, den sich viele Länder angesichts dieser Systemkrise zur wirtschaftspolitischen Richtschnur machten, wurde vom Nationalsozialismus ideologisch überhöht zur "nationalen Autarkiewirtschaft", die mit einer forcierten militärischen Aufrüstung im Hinblick auf eine künftige "Lebensraumgewinnung im Osten" Hand in Hand ging. Mit ihrer aggressiven Blitzkriegsführung versuchte die deutsche Wehrmacht ab September 1939 die Grundlagen für eine Neuordnung des Kontinents zu legen. Faktisch handelte es sich um eine mit militärischen Gewaltmitteln ausgeübte wirtschaftliche Ausplünderungs- und Erpressungspolitik. Durch eine solche "Integrationsstrategie" wurden die Verzerrungen der Wirtschaftsstruktur, wie sie sich in der Zwischenkriegszeit aufgebaut hatten, auf die Spitze getrieben. Das im Machtbereich der Achsenmächte sich befindende Europa verkam zu einer "Belagerungswirtschaft" (5).

Der nationalsozialistischen Grossmachtstrategie schwebte allerdings nicht eine solche durch die angloamerikanische Seeblockade im Westen und den Krieg mit der Sowjetunion im Osten erzwungene "Festung Europa" vor. Wegleitend war die Perspektive eines "Kontinentalblocks", einer "Grossraumwirtschaft" unter der Dominanz und der Kontrolle des Dritten Reiches; eine Konzeption, die sich nicht als kriegswirtschaftliches Sofortpro-

gramm, sondern als Plan für den langfristigen wirtschaftlichen "Wiederaufbau" des Kontinents auf rassistischer, antibolschewistischer Grundlage verstand. Die nationalsozialistische Führung glaubte, mit der scheinbar überwältigenden Serie von Siegen der Jahre 1939 und 1940 das definitive Ende einer anderthalbjahrhundertelangen Periode, die im Zeichen der Französischen Revolution mit ihren Menschen- und Bürgerrechten stand, eingeläutet und eine neue geschichtliche Ära eröffnet zu haben. Deutschland setzte auf eine Mischung von überlegener Machtstellung und unwiderstehlicher Anziehungskraft. Erwartet wurde eine Beeinflussung der Politik von der kriegsbedingten Verstärkung wirtschaftlicher Austauschbeziehungen: Neue Geschäftsmöglichkeiten würden schliesslich auch einer Annäherung an das Dritte Reich Vorschub leisten.

Im Sommer 1940 lancierte Reichswirtschaftsminister Walther Funk die "Neue Ordnung", ein konfus-amorphes Konglomerat wirtschaftspolitischer Zunkunftsprojektionen: "Die kommende Friedenswirtschaft muss dem Grossdeutschen Reich ein Maximum an wirtschaftlicher Sicherheit garantieren und dem deutschen Volk ein Maximum an Güterverbrauch zur Erhöhung der Volkswohlfahrt". Funk weist selber auf "zahlreiche Unsicherheiten" hin, "denn, – das wollen wir nie vergessen – wir befinden uns ja noch im Kriege!" (6). Im ersten Jahrbuch der "Gesellschaft für europäische Wirtschaftsplanung und Grossraumwirtschaft", welches anfangs 1941 erschien (7), wurde als deren "Zweck und Aufgabe" angegeben, "die wirtschaftliche und kulturelle Zusammenarbeit der Völker und Staaten im europäischen Grossraum durch Erforschung ihrer verschiedenen Lebensgrundlagen, ihrer verschiedenen volkswirtschaftlichen Strukturen und der sich heraus ergebenden gegenseitigen Ergänzungsmöglichkeiten planmässig zu fördern, um Europa, den ewigen zentralen Lebensraum der Völker der weissen Rasse, als natürliche lebens- und raumgesetzliche Einheit entstehen zu lassen." (S. 9) Der Kieler Professor Andreas Predöhl postulierte in dieser Publikation das Ende der "Scheinsolidarität der arbeitsteilig verflochtenen Einzelwirtschaften" und den Anbeginn der "echten Solidarität der tauschenden Volkswirtschaften"(S. 95).

Nach der Wende von Stalingrad 1942/43 verstärkte der nationalsozialistische Propagandaapparat angesichts der sich abzeichnenden militärischen Niederlage und der wirtschaftlich desaströsen Folgen des "totalen Krieges" die ideologische Mobilisierung für das "Neue Europa". Der Gedanke eines abendländischen Schutzwalls gegen den Bolschewismus rückte in den Vordergrund. In der Publikation "Europäische Wirtschaftsgemeinschaft", die 1943 in Berlin erschien, schrieb z.B. Horst Jecht, es gelte, neben dem "wirtschaftlichen Europa" auch die "neue politische Solidarität der europäischen Mächte im Kampf gegen den Bolschewismus" zu festigen (8). 1944 hält eine in Bern gedruckte deutsche Propagandabroschüre fest: "Aus dem Bewusstsein heraus, dass der höherstehende mittel- und westeuropäische Mensch sich mit dem asiatischen Bolschewismus auf die Dauer nicht abfinden könnte, dass er sich gegen den in seiner kulturellen und sozialen Entwicklung tieferstehenden Steppenmenschen Asiens naturnotwendig durchsetzen müsste, sind die moskowitschen Machthaber zur Ausschliessung dieser Möglichkeit

mit ungeheuerlicher und eiskalter Konsequenz daran gegangen, die überlegenen Völker in ihrer Substanz zu vernichten."(9) Auch das "soziale Europa" – ein festes Versatzstück im nationalsozialistischen Integrationsdiskurs – wurde nun stärker betont: Angestrebt werden soll ein "Europa als Einheit in der Vielfalt auch im sozialen Gefüge", denn: "Es wäre (...) falsch zu glauben, dass das Grossdeutsche Reich, weil es die Einigung Europas erstrebt, alle Völker in eine solche Schablone hineinzwingen wollte. Einigung ist nicht Unterwerfung noch Gleichmacherei". Vielmehr kann "eine schöne Zukunft des inneren und äusseren Friedens und der sozialen Gerechtigkeit einzig und allein durch die europäischen Kräfte selbst garantiert werden."(10)

Diese faschistischen Europaprojektionen nehmen häufig auch die Schweiz oder dann – etwas allgemeiner – die "kleinen Länder" ins Visier. Unter dem Titel "Die Interessen der kleinen Länder" stellte Andreas Predöhl (im bereits zitierten Text aus dem Jahre 1941) fest: "Wenn der Grossraum seinen Gliedern nicht mehr zu bieten hätte als einen notdürftigen Unterschlupf, wäre er ein schlechter Ersatz für die ehemalige liberale Weltwirtschaft. Was er bietet, ist weit mehr. Zunächst einmal bedeutet die Anlehnung an eine vollbeschäftigte, im stetigen Wachstum begriffene grosse Volkswirtschaft für die kleinen Volkswirtschaften einen Stabilisierungs- und Sicherungsfaktor ersten Ranges, der umso wirksamer ist, je enger die Verbindung in Ein- und Ausfuhr gestaltet wird." Über dieses Angebot, bei der "Verfestigung" der "politischen Kräfte" behilflich zu sein, wurden auch für diese kleinen Länder Produktivitätssteigerungen in Aussicht gestellt (S. 94). In einer 1942 publizierten Studie zum "Wirtschaftsraum Europa" schrieb Alfred Oesterheld, die "stärksten Auftriebskräfte des schweizerischen Wirtschaftslebens (seien) stets von Deutschland" ausgegangen. "Die Eingliederung in die kontinentale Raumwirtschaft wird gerade auch für die Schweiz nicht problemlos sein. Als die Insel von 1940, die zwischen den von den beiden Achsenpartnern bewohnten oder beherrschten Räumen liegt, wird aber die Schweiz auf besonders enge Verflechtungen mit der grossdeutschen und italienischen Wirtschaft Gewicht legen müssen."(11) In einer dem Problem der "Wirtschaftsforschung und Wirtschaftsdurchleuchtung im kontinentaleuropäischen Raum" gewidmeten Untersuchung aus dem Jahre 1943 wird konstatiert: "Trotz gewisser zweifellos vorhandener und durch die angelsächsische Propaganda verstärkter Fliehkräfte geistiger und materieller Art gegenüber dem Gedanken einer tatkräftigen Zusammenarbeit aller kontinentaleuropäischen Völker unter deutscher Führung ist die Stellung der Schweiz in diesem Rahmen dennoch eindeutig bestimmt. Schon immer war der kontinentaleuropäische Raum der entscheidende Ergänzungsfaktor für die Schweiz." Der Autor attestiert der helvetischen Wirtschaftspolitik – insbesondere dem Ziel, eine "gesunde Landwirtschaft als solidem und tragfähigem Fundament der Volkswirtschaft" zu erhalten – "langfristig wertvolle gleichgerichtete Interessen" zum "Neuen Europa" um dann – was Absatzmärkte und Rohstofflieferungen anbelangt – auch im "industriellen Bereich (...) dasselbe Bild vortrefflicher Ergänzungsmöglichkeiten" zu konstatieren (12). "Europäische Entwicklungsparallelen" treten aus deutscher Sicht zu-

dem im "sozialen Sektor immer eindrucksvoller zutage": In der Schweiz wurde der "Klassenkampfgedanke" gleichermassen wie in Deutschland "zur Kapitulation gezwungen" und ersetzt "durch den Gedanken der Volksgemeinschaft und der nationalen Solidarität" (13).

Wie weit entsprach dieses Fremdbild dem helvetischen Selbstverständnis? Auf den ersten Blick herrschte in der Schweiz gegenüber dem nationalsozialistischen Projekt eines Neuen Europas ein irritierendes Nebeneinander von Öffnung und Abschottung. "Uns anpassen an das neue Europa? Jawohl, aber nach Schweizerart": Dieses General Guisan zugeschriebene Wort fasst die ambivalente helvetische Haltung zusammen – ohne dass sie etwas erklären würde (14). Der Dualismus "Widerstand" versus "Anpassung", welcher für lange Zeit den Interpretationsrahmen der Geschichte der Schweiz in den Jahren 1939 bis 1945 absteckte, verstellt die Aussicht auf Problemstellungen, die einer differenzierteren, distanzierteren Darstellung und Bewertung zugrundeliegen könnten. Je nach Standpunkt und Perspektive hatten Unabhängigkeitsdiskurs und Souveränitätspostulat, welche post festum mit einer Widerstandhaltung identifiziert wurden, nämlich einen völlig anderen Stellenwert.

Die neuere Forschung hat eine Komplementarität von *Igelsyndrom* und *Reduitmentalität* auf der einen, *Wirtschaftskooperation* und *Kommunikationsverflechtung* mit den Achsenmächten auf der anderen Seite nachgewiesen und darin eine spezifisch kriegsbedingte Ausprägung der auch damals dominierenden Politik einer "Integration ohne Partizipation" erblickt. Es wurde gezeigt, wie die Schweiz im ausgehenden 19. Jahrhundert eine vaterländisch-nationale Selbstdefinition entwickelte, die sich vom emanzipativen Nationalismus und der Weltoffenheit der 1848er-Generation abhob. Die nationalistische Abgrenzung gegen aussen kulminierte in der Abwehr alles "Fremden", die von der "Geistigen Landesverteidigung" propagiert wurde (15). Daneben belegten eine ganze Reihe von neuen Studien, dass sich die helvetische Volkswirtschaft ausgeprägt in die Kriegswirtschaft und Rüstungsindustrie der Achsenmächte integrierte (16). Der Beitrag der Schweiz zum "Neuen Europa" war in dieser Hinsicht von einiger Wichtigkeit. Doch diese wirtschaftliche Kooperation wurde – in Übereinstimmung mit der Gesamtentwicklung im "Neuen Europa" – nicht von den hochfliegenden Entwürfen der faschistischen Elite, sondern durch die pragmatischen Anforderungen der deutschen Kriegswirtschaft bestimmt. Die Schweiz stellte ihre Rüstungsproduktion und alle weiteren wehrwirtschaftlich relevanten Exportbranchen so weit als möglich in den Dienst der deutschen Kriegswirtschaft. Mittels der sogenannten "Clearingmilliarde" (einem Kredit im Rahmen des Verrechnungsabkommens von mehr als einer Milliarde Schweizerfranken) finanzierte sie die Ausfuhr von qualitativ hochstehenden Produkten zum Teil gleich selber vor. Der helvetische Finanzplatz fungierte zudem als Golddrehscheibe im Dienste der Reichsbank und letztlich der deutschen Kriegsführung. Obwohl seit Oktober 1941 keine Waffen mehr den Gotthard und den Simplon passieren durften, waren die Alpentransversalen von steigender strategischer Bedeutung für die Logistik der deutschen Wehrmacht.

Aufgrund dieser intensiven Wirtschaftskooperation stellte sich für die

Schweiz die "grosse Frage", ob sie "einem durch die Achse eingeleiteten Wiederaufbau des kontinentalen Europas zustimmen" könne. Die eben zitierte Schrift des Ostschweizer Industriellen Isidor Grauer-Frey hat den programmatischen Titel "Die föderalistische Schweiz als Glied und Vorbild des neuen kontinentalen Europas"; ihr Autor sieht letzteres auf einer "versöhnlichen Zusammenarbeit der drei grossen Soldaten und Patrioten Hitler, Mussolini und Pétain" gegründet und geht davon aus, nicht nur Polen und Frankreich, sondern auch die "in den Krieg hineingezogenen neutralen Staaten Dänemark, Norwegen, Luxemburg, Holland und Belgien" würden in einem solchen Europa ihre "Souveränität und Unabhängigkeit" wiedererlangen können (17).

Diese Vorstellung eines freiwilligen Arrangements mit der neuen kontinentalen Hegemonialmacht prägte auch den Diskurs der offiziellen Schweiz. In seiner Radioansprache vom 25. Juni 1940 erklärte Bundespräsident Pilet-Golaz, die Ereignisse marschierten schnell, man müsse sich ihrem Rhythmus anpassen. Pilet versprach, bei gleichzeitiger Ankündigung einer partiellen und graduellen Demobilmachung, Arbeit zu beschaffen, "coûte que coûte". Dieser Gedanke, der ein Plädoyer für eine Intensivierung der Wirtschaftsbeziehungen mit den Achsenmächten darstellte, wurde insbesondere von Industriellen, aber auch durch einzelne Exponenten der Arbeiterbewegung, begrüsst.

Für massgebliche Beobachter war damals das Ende des Krieges in Sicht. Professor Eugen Böhler, einer der wirtschaftspolitischen Opinionleader, nahm anlässlich einer Rede zum 1. August 1940 den geschichtsträchtigen Topos der "Weltrevolution" auf und konzentrierte seine Ausführungen auf die kommende "Übergangszeit", in welcher die Schweiz eine "Umstellung auf die Friedenswirtschaft und die neuen weltwirtschaftlichen Verhältnisse" vorzunehmen habe. "Längerfristig gesehen dürften im allgemeinen die Arbeitsmöglichkeiten grösser sein als vor dem Kriege, ja es dürfte sogar ein Mangel an Arbeitskräften entstehen, wenn die Grosspläne der Achsenmächte zur Verwirklichung gelangen."(18) Böhler wies unentwegt darauf hin, die Schweiz sei auf internationale Arbeitsteilung und Spezialisierung angewiesen: "Darum muss unsere ganze Wirtschaftspolitik auf die Erhaltung einer spezialisierten Exportindustrie gerichtet sein."(19) Diese Politik der ökonomischen Kooperation mit dem "Neuen Europa" wurde, in Übereinstimmung mit der dominierenden Grundhaltung, pragmatisch gefasst. Böhler stellte z. B. 1942 fest: "Daher kann es keinem Zweifel unterliegen, dass die Nüchternheit und Ideologiefeindlichkeit des durchschnittlichen Schweizers die grösste Gewähr seiner Unabhängigkeit bilden."(20) Die finanziell-industrielle Kollaboration hatte schweizerischerseits nicht notwendigerweise eine ideologische Präferenz für Nazi-Deutschland zur Voraussetzung. Vielmehr erfreuten sich bei den Promotoren der Wirtschaftsintegration alle Systeme, die ökonomische Prosperität gewährleisten konnten, einer positiven Wertschätzung. Allerdings gab es durchaus ein Bewusstsein für den politisch-ideologischen Effekt, den sich Deutschland aus einer Wirtschaftszusammenarbeit versprach. Der Historiker Edgar Bonjour weist darauf hin,

dass der Antagonismus zwischen Integration und Partizipation ab Sommer 1940 an Bedeutung verlor. Er resümiert wie folgt: "Die enge wirtschaftliche Verflechtung (...) barg böse politische Gefahren. (...) Wirtschaftliche Versuchungen konnten unter Umständen für die Schweiz eine grössere Gefahr bedeuten als politische Drohungen."(21)

Hier ist nun auf jene Strömung einzugehen, für welche der langgehegte "Wunsch nach Annäherung an Deutschland"(22) im Sommer 1940 eine neue Qualität bekam. Diese Kreise gingen davon aus, dass nun ein neues Zeitalter begonnen habe, in welchem die alten Rezepte wenig mehr taugten. Aufgrund der Annahme, ein Endsieg der deutschen Wehrmacht sei so gut wie sicher und das "Neue Europa" daher bereits im Entstehen begriffen, wurde einer aktiven Partizipation der Schweiz das Wort geredet. Diese Tendenzen bündelten sich vor allem in der sogenannten "Eingabe der 200", die einer neuen Zusammenarbeit mit dem nationalsozialistischen Regime das Wort redete. Exponenten dieser Gruppierung, deren verborgene Aktivitäten während dieser kritischen Phase vom Juni bis Mitte November 1940, dem Zeitpunkt der Eingabe, noch kaum untersucht sind, machten sich zu Sprachrohren der nationalsozialistischen Kontinentaleuropa-Propaganda. Mit dem Hinweis auf die positiven "Aufbauleistungen" des Dritten Reiches plädierten sie für eine "Anpassung an die heutigen Machtverhältnisse"(23). Ein formeller "Anschluss" der Schweiz an Deutschland stand auch von dieser Seite nicht zur Diskussion.

Dies hing einerseits damit zusammen, dass unter der Bedingung fortdauernder Wirtschaftskriegsführung die Optimierung des ökonomischen Nutzens, den das Dritte Reich aus dem neutralen Kleinstaat ziehen konnte, durch einen formellen politischen Anschluss oder durch eine militärische Okkupation in Frage gestellt worden wäre – nicht nur durch die Drohung, im Falle eines deutschen Angriffs vorsätzlich Alpentunnels und Fabrikationsanlagen zu zerstören (entsprechende Vorkehrungen wurden allerdings erst relativ spät, lückenhaft und zaghaft an die Hand genommen), sondern auch durch die Gefährdung unverzichtbarer Rahmenbedingungen einer wirksamen Kooperation. Denn die Schweiz konnte nur dann als Finanzplatz der Achsenmächte auftreten und kriegswichtige Dienste anbieten, wenn Reputation und freie Konvertibilität ihrer nationalen Währung intakt blieben. Dieser Sachverhalt zeigt auch, warum die Pläne für eine "Europa-Währung", für die sich einige Anpasser stark machten, den Integrationsinteressen des finanziellen Sektors zuwiderliefen und deshalb ohne Resonanz blieben (24).

Dies ist jedoch nicht der springende Punkt. Dieser besteht vielmehr darin, dass die Forderung nach Partizipation gewissermassen einen Umweg über die *schweizerische Innenpolitik* machen musste. Die erfolgreiche helvetische Integrationspraxis hatte Partizipation in der Vergangenheit nicht nur tendenziell überflüssig gemacht, sondern versetzte das politische System auch ausserstande, einen solchen Weg kurzfristig und unvermittelt einzuschlagen. Aufgrund ihrer inneren soziokulturellen und politisch-institutionellen Verfassung wäre die Schweiz gar nicht anschlussfähig gewesen. For-

derungen wie jene nach einer Demobilmachung der Schweizer Armee und einer umgehenden "inneren Erneuerung" standen daher im Dienst einer Politik, welche der Schweiz ein neues System zu verpassen gedachte mit dem Ziel, auf diese Weise einer langfristigen politischen – und vielleicht auch militärischen – Partizipation am Neuen Europa das Terrain zu ebnen. Die altbewährte eidgenössische Taktik des "Temporierens"(25), welche bisher dazu diente, die Schweiz vor Partizipations-Zumutungen durch systematisches Zuspätkommen nach Möglichkeit zu verschonen, wurde von dieser Seite durch eine Strategie der forcierten "Nachrüstung" von Innenpolitik und Ideologie im Zeichen der "nationalen Erneuerung" ersetzt. Auf diese Weise sollten in der Zukunft Bedingungen geschaffen werden, welche eine aktive aussenpolitische Zusammenarbeit gewährleisten sollten. Die Beschwörung der "nationalen Unabhängigkeit" sollte gerade diesen Anpassungsprozess befördern: Das Argument, jene, welche Nazi-Deutschland kritisierten, würden den mächtigen Nachbarn nur herausfordern, war geeignet, den Druck auf die demokratischen Strukturen, auf die Menschen- und Bürgerrechte zu verstärken.

Die Lebensdauer des Dritten Reiches war verhältnismässig kurz, und in der Schweiz trat zu keinem Zeitpunkt eine Situation ein, in der eindeutiges "Farbe bekennen" unabdingbar geworden wäre. Deshalb konnte sich diese Politik der Erneuerung nach innen und der Anpassung gegen aussen auch gar nie voll entfalten – die Taktik des Temporierens funktionierte faktisch! Unter Verweis auf ihre Unabhängigkeitsrhetorik reklamierten dann nach dem Krieg auch die Unterzeichner der Eingabe der 200 – die sich als hochkarätiger "harter Kern" der Anpasser auch stellvertretend für andere ähnlich gelagerte Richtungen öffentlichen und privaten Sanktionen ausgesetzt sahen – eine "vaterländische" und patriotische Haltung für sich.

Die Schweiz und die Europäische Gemeinschaft.

Mit dem Zusammenbruch des nationalsozialistischen Regimes verschwand auch das monströse Projekt eines "Neuen Europa" auf rassistischer Grundlage. Damit war der Weg frei für ein anderes Europa-Projekt, das auf einer "Solidarität der Besiegten" (26) aufbaute. Der Historiker Charles Bloch bezeichnet damit die Tatsache, dass Frankreich und Deutschland innerhalb einer Zeitspanne von vier Jahren denselben Krieg verloren und aus dieser Doppelniederlage einen neuen Interessenparallelismus entwickelten.

Konkret ging es um die "europäisch" legitimierte Kontrolle der strategisch wichtigen Schwerindustrie der BRD im Rahmen einer deutsch-französischen Verständigungslösung (Gründung der Montanunion im Jahre 1951). In ostentativer Absetzung zur Gewaltpolitik des Dritten Reiches besannen sich die Promotoren der neuen Europa-Idee auch erneut auf die alten Leitbilder eines emanzipatorischen, universellen Prinzipien verpflichteten europäischen "Befreiungsnationalismus", welcher nun "Europa" über die ökonomische Integrationslogik hinaus wiederum als Friedenskonzept gegen den kriegerisch-expansiven Nationalismus verstand.

Diese innereuropäischen Faktoren und Motive dürfen allerdings nicht darüber hinwegtäuschen, dass diesmal der Anstoss auch politisch von aussen kam. Europa hatte seine weltweite Führungsrolle nach 1945 definitiv eingebüsst. Es waren die Sowjetunion und die USA, die, unterstützt durch Widerstandsbewegungen in vielen Ländern, den Faschismus niederkämpften. Mit dem Auseinanderbrechen der Kriegsallianz setzte der Kalte Krieg zwischen den USA und der UdSSR ein. Am 12. März 1947 wurde die Truman-Doktrin und – darauf basierend – die Containment-Strategie proklamiert; am 5. Juni folgte die Lancierung des Marshallplanes, aus dem das Committee on Eu ropean Economic Cooperation (CEEC, später OECD) hervorging. Mit der Gründung der NATO im Jahre 1949 und dann mit dem BRD-Wiederbewaffnungsentscheid und der Gründung des Warschauer-Paktes im Jahre 1955 lief nun eine militärische Frontlinie mitten durch den europäischen Kontinent. Als 1957 mit den Römer Verträgen (Europäische Wirtschaftsgemeinschaft und Europäische Atomgemeinschaft) der Grundstein für die Europäische Gemeinschaft gelegt wurde, blieb dieser neue Anlauf zu einer Einigung zum vornherein auf das in die US-amerikanische Interessensphäre eingebundene Westeuropa beschränkt - und sie wäre ohne die Spaltung Deutschlands und des europäischen Kontinents auf diese Weise auch gar nicht zustandegekommen.

Der Schweiz ging es nach 1945 zunächst um die Wiederherstellung jener Voraussetzungen, innerhalb derer sie erfolgreich eine Politik der "Integration ohne Partizipation" verfolgen konnte. Dies setzte ein Arrangement mit der neuen westlichen Hegemonialmacht USA voraus und erforderte paradoxerweise einige partizipative Konzessionen, die jedoch entweder diskret, ohne Thematisierung aussenpolitischer Konsequenzen oder dann aber mit neutralitätspolitischen Vorbehalten gemacht wurden. Die helvetisch-amerikanische Verständigung setzte mit der Currie-Mission vom Februar 1945 und dem Abkommen von Washington 1946 ein. 1948 beteiligte sich die Schweiz am Marshall-Plan und wurde – unter ausdrücklicher Achtung ihres neutralen Status – Mitglied der CEEC. 1950 trat sie der neugegründeten und vor allem handelspolitisch motivierten CEEC-Suborganisation "Europäischen Zahlungsunion" bei. Mit dem Hotz-Linder-Agreement von 1951 unterwarf sich die Schweiz faktisch der Embargopolitik, welche die NATO im Rahmen ihrer indirekten Wirtschaftskriegsführung gegen den Ostblock durchführte; ein Entscheid, der als klarer Verstoss gegen die Neutralitätspolitik zu werten ist (27). Der Anteil des Handels mit Osteuropa wich in der Folge signifikant vom "Courant normal" ab; zwischen 1950 und 1960 gingen die Importe in diese Länder von 4,5 Prozent auf 1,9 Prozent der Gesamteinfuhr zurück, bei den Exporten betragen dieselben Zahlen 6,3 Prozent und 3,0 Prozent (28).

Nach diesen integrationsfördernden Partizipationsvorleistungen übte sich die Schweiz wiederum im Abseitsstehen. Obwohl ihre Aussenpolitik mit weiteren dynamischen Grundsätzen (Disponibilität, Universalität, Solidarität) angereichert wurde, blieb sie nun den wichtigsten internationalen Organisationen – namentlich der UNO und den Institutionen von Bretton Woods

– fern. Auch bei den europäischen Organisationen, die für die Schweiz "eine ungleich grössere Bedeutung als die (...) universellen Institutionen" (29) aufwiesen, gewannen neutralitätspolitisch begründete Widerstände die Oberhand. Im Handbuch der schweizerischen Volkswirtschaft von 1959 vermerkte Heinz Allenspach zwar, dass die Schweiz je rund drei Viertel ihrer Kohlen-, Eisen- und Stahlimporte aus den Ländern der Montanunion beziehe, wodurch sich, vor allem in "Zeiten des Mangels (...) gewisse Gefahren für die schweizerische Wirtschaft" ergeben könnten. "Trotzdem wurde aber ein Beitritt der schweizerischen Neutralität wegen nicht in Frage gezogen." (30) Eine Mitgliedschaft bei der ökonomisch determinierten, nicht genuin politisch konzipierten EFTA (ab 1961) war hingegen mit der schweizerischen Haltung vereinbar; erst als klar wurde, dass die politischen Pläne des Europarates gute Vorsätze blieben, konnte sich die Eidgenossenschaft 1963 auch hier zu einem Eintritt aufraffen.

Gleichzeitig profitierte sie mit ihrer export- und auslandproduktionsabhängigen Volkswirtschaft überdurchschnittlich von der neuen "Pax Americana" – mit dem Resultat einer sich öffnenden Kluft zwischen Volkswirtschaft und Grossunternehmen. Für die nationale Ökonomie lassen sich, was die Beschäftigungsstruktur, das Wachstum des Prokopfeinkommens und die Arbeitsproduktivität betrifft, im internationalen Vergleich eher unterdurchschnittliche Veränderungen resp. Entwicklungen feststellen. Bei den Expansionsraten der weltweit operierenden Schweizer Multis hingegen ist es gerade umgekehrt (31). Dass die Exporte in die EG zwischen 1960 und 1980 von 41 auf 50 Prozent stiegen, ist primär dem EG-"Territorialbildungsprozess", der Zunahme der Mitgliedländer, geschuldet. Die Gesamtexportquote nach Europa verblieb demgegenüber etwa konstant bei zwei Dritteln. Die grossen Konzerne setzten immer weniger auf Export und immer stärker auf Direktinvestitionen. Seit der ökonomischen Strukturkrise 1974/75, welche das Ende des Währungssystems von Bretton Woods besiegelte und eine bis heute anhaltende weltwirtschaftliche Umbruchphase einleitete, werden die klassischen Direktinvestitionen mehr und mehr durch "Neue Investitionsformen" (Joint Ventures, Lizenzabkommen, Subcontracting) ersetzt. Für die helvetischen Unternehmungen, welche gerade in diesen Bereichen eine rege, zum Teil auch pionierhafte Aktivität entwickelten, war damit ein qualitativ neuer Integrationsschub in den Raum der EG verbunden. Bisher entschärfte die faktische Präsenz der Schweiz in Westeuropa zusammen mit der Tatsache, dass die Schweiz für die EG ein beträchtlicher Absatzmark ist, die formelle Beitrittsfrage – im Gegensatz etwa zu Österreich, wo eine schwache wirtschaftliche Integration dazu geführt hat, dass mit einem formellen Beitrittsgesuch der Ausweg über die Partizipation gesucht wird.

Heute gehört das beschriebene historische CH-Modell einer Integration ohne Partizipation, diese Kombination von ökonomisch-kommunikativer Assoziation und politisch-militärischer Dissoziation, der Vergangenheit an. Das Ausland hat den "schweizerischen Sonderfall" abgeschafft. Das "kleine, nette Stachelschwein" bleibt als Verkehrsopfer auf der Hochleistungsstrasse der EG zurück. Damit ist auch die Geschichte vom klugen Igel, der

schon immer da war, bevor die Hasen die Beitrittsfrage stellen konnten, zu Ende. Übrig bleibt ein von Ungleichzeitigkeiten durchfurchtes, durch Irritationen verunsichertes und von Skandalen geschütteltes Land. Das hat neuen Diskussionen auf die Sprünge geholfen. Die Fronten sind insbesondere in der EG-Betrittsdebatte durcheinandergeraten. Aus linker Sicht kreist die Diskussion um die Frage, welche ökologischen, wirtschaftlichen, friedens- und entwicklungspolitischen Zielsetzungen ein Europa-Projekt zu verfolgen hat, wenn es sich den Herausforderungen der Zukunft gewachsen zeigen will. Und es muss gewährleistet werden, dass der suprastaatliche Einigungsprozess nicht auf eine autoritäre Satellitisierung von kleinen Staaten und "zurückgebliebenen" Regionen hinausläuft, sondern eine demokratische Partizipation ermöglicht. Ohne vielfältige Anstrengungen, Europa auch auf der Ebene der zivilen Gesellschaft zu vernetzen und eine europaweite Kooperation zwischen gewerkschaftlichen, ökologischen und friedenspolitischen Bewegungen zu suchen, werden die Demokratiedefizite und die Wachstumseuphorie der EG noch verstärkt werden - unabhängig davon, ob die Schweiz ihr schliesslich beitritt oder nicht.

* Gekürzte und leicht veränderte Version eines Aufsatzes, der im Sammelband "Die Schweiz in der Weltwirtschaft" (Heft 8/1990 der "Schweizerischen Gesellschaft für Wirtschafts- und Sozialgeschichte") im Chronos-Verlag Zürich erschienen ist.

Anmerkungen:

1) Hansjörg Siegenthaler, Die Bedeutung des Aussenhandels für die Ausbildung einer schweizerischen Wachstumsgesellschaft im 18. und 19. Jahrhundert, in: Gesellschaft und Gesellschaften, Hg. N. Bernhard/ Q. Reichen, Bern 1982, S. 325 ff.; Zur Herausbildung einer "Small Open Economy" vgl.: Michael Bernegger, Die schweizerische Wirtschaft 1850-1913, Wachstum, Strukturwandel und Konjunkturzyklen, Zürich (Ms.), 1983.
2) Unter "Integration" werden dabei ökonomische und kommunikative Verflechtungen eines Landes mit seiner internationalen Umwelt verstanden, die auf der Basis von Wirtschaftswachstum und internationaler Arbeitsteilung weitgehend selbstgesteuert verlaufen. Ein solcher ökonomisch-kommunikationsmässiger Integrationsprozess muss durch politische Partizipationsmuster abgesichert sein, Integration und Partizipation bedingen sich also gegenseitig. "Integration ohne Partizipation" stellt eine Ausnahme von dieser Regel dar. Damit soll eine Trittbrettfahrer-Position bezeichnet werden, die von Ländern eingenommen werden kann, die aufgrund ökonomischer Stärke einen Beitrag zur Integration zu leisten imstande sind, deren Mitarbeit bei der Ausdifferenzierung von politischen Superstrukturen aufgrund ihrer Kleinheit jedoch nicht unverzichtbar ist. Mit einer starken Präsenz auf der Gewinnerseite korrespondiert dann eine Absenz dort, wo auch über Kosten diskutiert werden muss. Vgl. Urs Altermatt, Neutralität und schweizerische Aussenpolitik, in: Was heisst neutral sein im Zeitalter europäischer und weltweiter Interdependenz? Hg. Europa-Union Schweiz, Bern 1984.
3) Krzysztof Pomian, Europa und seine Nationen, Berlin 1990; Hans Conrad Peyer, Europa und die Schweiz in historischer Sicht, Neue Zürcher Zeitung 21./22. Januar 1989.
4) Reinhard Opitz, Europastrategien des deutschen Kapitals. 1900-1945, Köln 1977. Diethard Behrens, Kontinuitäten deutscher Europapolitik? in: PROKLA 75, Eurofieber Berlin 1989, S. 10-28.
5) John Pinder, Europa in der Weltwirtschaft 1920-1970, in: Europäische Wirtschaftsgeschichte, Hg. C.M. Cipolla/K. Borchardt, Bd. 5, Stuttgart 1986,.S. 389.; Vgl. auch: Alan S. Milward, Der Zweite Weltkrieg, München 1977.
6) Walther Funk, Wirtschaftliche Neuordnung Europas, 1940, S. 22.

7) Nationale Wirtschaftsordnung und Grossraumwirtschaft, Jahrbuch 1941, Dresden 1941, S. 95.
8) Europäische Wirtschaftsgemeinschaft. Hg. Verein Berliner Kaufleute und Industrieller/ Wirtschaftshochschule Berlin, Berlin 1943, S. 63.
9) Neues Europa - Soziales Europa, Bern 1944, S. 5.
10) Do., S. 10, 11.
11) Alfred Oesterheld, Wirtschaftsraum Europa, Oldenburg/Berlin 1943(2), S. 252/3.
12) Hans J. Schneider, Wirtschaftsforschung und Wirtschaftsdurchleuchtung im Kontinentaleuropäischen Raum, Berlin 1943, S. 115.
13) Neues Europa - Soziales Europa, Bern 1944, S. 21.
14) Hier zitiert nach: National-Zeitung Nr. 203, 5. Mai 1941, "Schweizergedanken zum neuen Europa".
15) Vgl. Hans Ulrich Jost, Identität und nationale Geschichte, in: Widerspruch 13 (1987) S. 7-20.
16) Markus Heiniger, Dreizehn Gründe. Warum die Schweiz im Zweiten Weltkrieg nicht erobert wurde, Zürich 1989.
17) Isidor Grauer-Frey, Die föderalistische Schweiz als Glied und Vorbild des neuen kontinentalen Europa, 1940, S. 7-9.
18) Eugen Böhler, Richtlinien für ein schweizerisches Wiederaufbauprogramm, in: E. Bircher/ E. Böhler, Die Schweiz vor neuen Aufgaben, Zürich 1940, S. 25, 31, 44.
19) Eugen Böhler, Binnenwirtschaft und Exportwirtschaft, Hg. Zentralstelle für das schweizerische Ursprungszeichen, 1941, S. 6.
20) Eugen Böhler, Zur Neuordnug von Wirtschaft und Gesellschaft, Aarau 1942, S. 16.
21) Edgar Bonjour, Geschichte der schweizerischen Neutralität, Bd. V, Basel 1971, S.248.
22) Edgar Bonjour, Do, S. 248/49.
23) Wilhelm Frick in einem Schreiben an Pilet-Golaz vom 21. Sept. 1940, in: M. Herren, P. Hug u.a., Zeitgeschichte im Würgegriff der Geschichte, Bern 1988 (unveröffentlichte Prozessdokumentation) S. 59.
24) Auf die Bedeutung des Finanzplatzes Schweiz für das Dritte Reich wird ein demnächst erscheinendes Buch von Gian Trepp eingehen.
25) Edgar Bonjour, Geschichte... Bd. V, S. 249.
26) Charles Bloch, Le IIIe Reich et le monde, Paris 1986, S. 514.
27) Diese Aussage ist nicht unbestritten. Vgl. André Schaller, Schweizer Neutralität im Ost-West-Handel, Bern 1987.
28) Stat. Jahrbücher der Schweiz. Vgl. auch: Benedikt von Tscharner, Aussenwirtschaft und Aussenwirtschaftspolitik der Schweiz, Zürich 1984, S. 28.
29) Heinz Allenspach in: Handbuch der schweizerischen Volkswirtschaft, Bern 1959, Bd. I, S. 679.
30) Do. S. 680.
31) Silvio Borner/ Felix Wehrle, Die sechste Schweiz, Zürich 1984.